Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0093/10	Datum 01.03.2010
Dezernat: II	II/01	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	09.03.2010	nicht öffentlich	Genehmigung (OB)
Finanz- und Grundstücksausschuss	07.04.2010	öffentlich	Beratung
Stadtrat	22.04.2010	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		x
	KFP		x
	BFP		x

Kurztitel

Jahresabschluss 2009 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt den von der WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2009 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH sowie den Konzernjahresabschluss 2009 zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2009 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 194.785.026,32 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.756.238,66 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2009 in Höhe von 3.756.238,66 EUR in die Gewinnrücklage einzustellen, davon entfallen 375.623,87 EUR auf die freie Rücklage und 3.380.614,79 auf die Betriebsmittelrücklage,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Andreas Brakmann, sowie dem Aufsichtsrat der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
 - den Konzernjahresabschluss 2009 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH festzustellen.

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit	2001	Pflichtaufgabe	x	ja		nein
Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme					
		ja, Nr.		x		nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt					
	JA		NEIN			x

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
☐	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
☐	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
☐	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
☐	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
☐	Anlage Kostenberechnung
☐	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
☐	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

Buchwert in €

Datum Inbetriebnahme:

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20 ...					

federführend II/01	Sachbearbeiter Frau Brennecke	Unterschrift Herr Koch
--------------------	----------------------------------	---------------------------

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r)	Unterschrift Herr Zimmermann
------------------------------------	---------------------------------

Termin für die Beschlusskontrolle	30.06.2010
-----------------------------------	------------

Begründung:

Dem Jahresabschluss der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2009 wurde von der WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung ergab keine Beanstandungen. Darüber hinaus erfolgte im Rahmen der Jahresabschlussprüfung auch die Prüfung gemäß § 9 Abs. 3 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) zur Verwendung der pauschalen Fördermittel, die Prüfung zur Aufstellung der Erlöse gemäß § 4 Abs. 3 Satz 6 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) und die Prüfung zum Ausbildungsbudget nach § 17a Abs. 7 KHG. Auch diese Prüfungen führten zu keinen Beanstandungen.

Das Geschäftsjahr zum 31.12.2009 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe 3.756.238,66 EUR (Vorjahr: 1.260,8 Tsd. EUR) ab.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft soll den vorliegenden Jahresabschluss in seiner Sitzung am 17.03.2010 zustimmend zur Kenntnis nehmen und dem Gesellschafter die Beschlussfassung empfehlen.

Für das Geschäftsjahr 2009 wurde darüber hinaus erstmalig ein Konzernjahresabschluss vorgelegt. Gemäß § 290 HGB ist das Mutterunternehmen grundsätzlich zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet, der gemäß § 316 Abs. 2 HGB einer Pflichtprüfung unterliegt. Mit dem Konzernabschluss soll ein objektives Bild über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des gesamten Konzerns gegeben werden. Dabei werden entsprechende Verflechtungen (innerkonzernliche Forderungen/Verbindlichkeiten, Erträge/Aufwendungen etc.) eliminiert. Der Konzernabschluss hat somit einen rein informativen Charakter. Mit der Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH zum 01.07.2009 ist die Gesellschaft zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet. Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht wurden ebenfalls durch die WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

1. Grundsätzliche Feststellungen zur Lagebeurteilung und Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft

Bezüglich der Lagebeurteilung der Gesellschaft durch den Geschäftsführer verweisen wir auf die Anlage 1 zur Drucksache. Dort wird zusammengefasst die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft dargestellt, es werden Ausführungen zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gegeben sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung eingeschätzt.

Stellungnahme des Abschlussprüfers:

„Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Klinikums, einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung des Klinikums ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.“

2. Analyse des Jahresabschlusses 2009 im Vergleich zum Vorjahr

2.1 Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 3.541,9 Tsd. EUR auf insgesamt 99.195,0 Tsd. EUR und setzen sich wie folgt zusammen:

Werte in Tsd. EUR	<u>2009</u>	<u>2008</u>
Erlöse aus DRG-Fallpauschalen und Zusatzentgelte	82.928,5	78.021,5
Erlöse aus Basispflegesätzen	3.245,2	3.168,5
Erlöse aus Abteilungspflegesätzen	9.421,8	8.837,9
Fallbezogene krankenhaushausindividuelle Zusatzentgelte	111,5	105,5
Weitere tagesgleiche Entgelte, insbesondere der Tageskliniken	2.910,9	2.898,5
Entgelte für neue Untersuchungs- u. Behandlungsmethoden (NUB)	341,9	356,8
Erlöse aus vor- und nachstationärer Behandlung	639,7	547,6
Erhaltene Ausbildungszuschläge	1.283,6	1.342,0
Zuschläge für Arbeitszeitverbesserungen und Abschaffung des „Arztes im Praktikum“ (AiP)	1.029,4	1.368,9
Qualitätssicherung und DRG-Systemzuschlag	68,6	61,9
Zuschläge Konvergenzphase und Pflegepersonal	855,2	0,0
Abschläge Tarifrater, Mehrleist., vorläuf. Erlösausgleiche	./ 1.634,6	0,0
Sonstige Entgelte	<u>174,9</u>	<u>162,0</u>
Zwischensumme	101.376,6	96.871,1
Realisierte Ausgleichsbeträge nach der BPfIV/ dem KHEntgG für Vorjahre	+ 99,3	./ 810,1
Ausgleichsbeträge des laufenden Geschäftsjahres	<u>./ 2.280,9</u>	<u>./ 407,9</u>
Summe	<u>99.195,0</u>	<u>95.653,1</u>
	=====	=====

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich insbesondere die Erlöse aus DRG-Fallpauschalen und Zusatzentgelten. Bei dem für 2009 vereinbarten DRG-Erlösbudget waren Erlöse inklusive Zusatzentgelte in Höhe von 80.347,1 Tsd. EUR bei einem Case-Mix-Index (CMI = durchschnittlicher ökonomischer Fallschweregrad) von 1,0170 und 26.749 DRG-Fällen geplant. Behandelt wurden in 2009 tatsächlich 26.905 Fälle (Vorjahr: 25.712) mit einem CMI von 1,0270. Der jahresdurchschnittliche Basisfallwert (inkl. Ausgleichs- und Berichtigungsbeträge für Vorjahre) verminderte sich von 2.876,68 Tsd. EUR im Vorjahr (bereinigt um Ausgleichs- und Berichtigungen) auf 2.812,72 EUR im Berichtsjahr.

Die Erlöse aus Wahlleistungen in Höhe von 232,4 Tsd. EUR (Vorjahr: 238,5 Tsd. EUR) beinhalten im Wesentlichen die Wahlarztleistungen (132,4 Tsd. EUR) und die Wahlleistungen Zimmer (81,5 Tsd. EUR).

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 118,1 Tsd. EUR auf 1.450,5 Tsd. EUR. Zu dieser Position gehören u.a. die Erlöse aus Krankenhausambulanzen, die Erlöse aus KV-Abrechnungen und die Erlöse aus ambulanten Operationen.

Die Position Nutzungsentgelte der Ärzte hat sich gegenüber dem Vorjahr um 47,2 Tsd. EUR auf 349,0 Tsd. EUR erhöht. Hier erfolgt der Ausweis der Nutzungsentgelte, der Erlöse aus Sachkostenanteilen, der Abgaben aus Gutachtertätigkeit und der übrigen Erlöse.

Im Berichtsjahr wird eine Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen (319,5 Tsd. EUR) ausgewiesen (Vorjahr: 87,5 Tsd. EUR).

Die Position Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 10 in Höhe von 986,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 878,4 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen die Erstattungen für Notarzt und Rettungsdienst. Des Weiteren werden hier Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst, Erstattungen der Sozialversicherungsträger zum Ausgleichsverfahren Mutterschutz sowie sonstige Erstattungen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich von 6.822,3 Tsd. EUR im Vorjahr auf 7.595,0 Tsd. EUR im Berichtsjahr. In dieser Position werden Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben (2.867,4 Tsd. EUR), Erträge aus Erstattungen des Personals (237,5 Tsd. EUR), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (1.074,6 Tsd. EUR), Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (9,5 Tsd. EUR) sowie die übrigen betrieblichen Erträge (3.406,0 Tsd. EUR) ausgewiesen. Zu den Erlösen aus Hilfs- und Nebenbetrieben gehören u.a. Erstattungen für Apothekenlieferungen, Zubereitungskosten und Kosten der Leichenaufbewahrung.

Der Personalaufwand beinhaltet im Berichtsjahr Aufwendungen für Gehälter in Höhe von 54.210,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 52.148,1 Tsd. EUR) sowie Aufwendungen für soziale Abgaben und Altersversorgung in Höhe von 10.978,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 10.564,5 Tsd. EUR). Die Vergütungen der Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen des Personalüberleitungsvertrages vom 18.12.2007. Seit dem 01.04.2008 kommt der Haustarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte mit dem Bemessungssatz von 100 % des Tarifbereiches West zur Anwendung. Für das nichtärztliche Personal findet der TVöD einschließlich der Regelungen des Übergangsrechts Anwendung. Bei Neueinstellungen des nichtärztlichen Personals erfolgt die Vergütung in Anlehnung an den TVöD. Die Vergütungen leitender Angestellter im Sinne des § 5 Abs. 3 und 4 BetrVG erfolgen einzelvertraglich.

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Gesellschaft 1.192,3 Vollkräfte (Vorjahr: 1.166,1 Vollkräfte) beschäftigt. Davon gehören zum ärztlichen Dienst 192,4 Vollkräfte, zum Pflegedienst 471,9 Vollkräfte, zum medizinisch-technischen Dienst 161,8 Vollkräfte, zum Funktionsdienst 150,4 Vollkräfte, zum Wirtschafts- und Versorgungsdienst 62,5 Vollkräfte und zum sonstigen Personal 153,3 Vollkräfte. Der Anstieg der Personalaufwendungen begründet sich u.a. mit der Erhöhung der Anzahl der Vollzeitkräfte sowie mit den vorgenommenen Einmalzahlungen an die Mitarbeiter in Höhe von etwa 2,3 % des Bruttojahrestabellenentgeltes. Des Weiteren ist der Personalaufwand des Geschäftsjahres mit höheren nicht aufteilbaren Personalkosten (Rückstellungen etc.) belastet (+758,4 Tsd. EUR).

Die Position Materialaufwand setzt sich zusammen aus den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 25.036,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 24.976,6 Tsd. EUR) und aus den Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 3.210,0 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.497,1 Tsd. EUR). Zu den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe gehören die Aufwendungen für den medizinischen Bedarf (21.280,2 Tsd. EUR), die Aufwendungen für Lebensmittel (1.063,0 Tsd. EUR), die Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (2.117,9 Tsd. EUR) sowie die Aufwendungen des Wirtschaftsbedarfs (575,8 Tsd. EUR). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen in Höhe von 1.518,4 Tsd. EUR den medizinischen Bedarf und in Höhe von 1.691,6 Tsd. EUR den Wirtschaftsbedarf. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr betrifft insbesondere den medizinischen Bedarf. Neben Einsparungen in einigen Positionen ist hier insbesondere ein Anstieg der Aufwendungen für konsiliarärztliche Untersuchungen/Honorarärzte (+692,7 Tsd. EUR) zu verzeichnen.

In den Positionen 10 bis 14 der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß der Krankenhausbuchführungsverordnung der separate Ausweis von Fördermitteln und anderer öffentlicher Zuweisungen für Investitionen.

In der Position Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen (Pos. 10) in Höhe von 1.505,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.450,8 Tsd. EUR) werden pauschale Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG in Höhe von 1.466,7 Tsd. EUR sowie Zuwendungen Dritter zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 39,0 Tsd. EUR ausgewiesen.

In der Position Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung (1.211,4 Tsd. EUR) werden in gegenüber dem Vorjahr unveränderter Höhe entsprechende Erträge in Höhe der Abschreibungen auf förderfähige, jedoch mit Eigenmitteln vor Einführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (01.01.1991) angeschaffte Anlagegüter gebucht. Damit erfolgte eine Neutralisierung der entsprechenden Abschreibungen und die Gewinn- und Verlustrechnung bleibt diesbezüglich erfolgsneutral.

Die Position Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (Pos. 12) in Höhe von 5.315,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 5.080,5 Tsd. EUR) dient ebenfalls ausschließlich der Neutralisierung von Aufwendungen. Diese betreffen zum einen die entsprechenden Abschreibungen auf die Anlagegüter, die mit Fördermitteln und anderen Zuwendungen angeschafft wurden und zum anderen auch die Aufwendungen aus dem Abgang dieser mit Fördermitteln bzw. Zuwendungen finanzierten Anlagegüter.

In der Position 13 Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens (1.522,7 Tsd. EUR) werden Erträge durch Einbuchung von Aufwendungen ergebnisneutral gestellt. Das betrifft Aufwendungen für pauschale Zuweisungen bzw. Einzelfördermittel, für andere Zuwendungen, für entsprechende Verkaufserlöse aber auch für Zinserträge angelegter Fördermittel.

In der Position 14 Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegütern erfolgt im Berichtsjahr ein Ausweis in Höhe von 9,6 Tsd. EUR.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen werden im Berichtsjahr in Höhe von 6.765,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 6.517,8 Tsd. EUR) ausgewiesen. Durch die Auflösung der Sonderposten und durch die Einstellungen in die Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung bleiben die Abschreibungen für die Erfolgslage weitgehend neutral. Ergebniswirksam sind nur die Abschreibungen auf Gebrauchsgüter und auf mit Eigenmitteln nach dem 01.01.1991 finanziertes Anlagevermögen. Im Geschäftsjahr waren Abschreibungen in Höhe von 248,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 257,2 Tsd. EUR) ergebniswirksam.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich im Berichtsjahr auf 12.520,7 Tsd. EUR (Vorjahr: 13.560,7 Tsd. EUR) und beinhalten die Aufwendungen für Verwaltungsbedarf (2.098,9 Tsd. EUR), für Instandhaltungen (6.335,6 Tsd. EUR), für Abgaben/Versicherungen (1.068,0 Tsd. EUR), aus dem Abgang von Anlagevermögen (37,7 Tsd. EUR) sowie die übrigen betrieblichen Aufwendungen (3.018,1 Tsd. EUR).

Es werden sonstige Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von 27,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 169,4 Tsd. EUR) ausgewiesen. Davon resultieren 7,8 Tsd. EUR aus der Anlage von Fördermitteln und sind somit in Betrachtung mit der Position 13 ergebnisneutral.

Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 94,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 154,5 Tsd. EUR) beinhaltet im Wesentlichen Kontokorrent-, Darlehen- und Bereitstellungszinsen.

In der Position 19 wird als Zwischenergebnis das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.837,5 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.265,1 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Steuern fielen in Höhe von 81,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 4,2 Tsd. EUR) an.

Zum 31.12.2009 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 3.756,2 Tsd. EUR (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 1.260,8 Tsd. EUR) ausgewiesen.

2.2 Bilanz zum 31.12.2009

Aktiva

Insgesamt ist gegenüber dem Vorjahr in der Position Anlagevermögen eine Verminderung von 143.097,2 Tsd. EUR auf 141.937,7 Tsd. EUR zu verzeichnen.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen erfolgten im Berichtsjahr Zugänge in Höhe von 179,2 Tsd. EUR für Software und Softwarelizenzen und Abschreibungen in Höhe von 264,7 Tsd. EUR. Per 31.12.2009 wird ein Restbuchwert in Höhe von 190,8 Tsd. EUR ausgewiesen.

Im Bereich des Sachanlagevermögens wurden Investitionen in Höhe von 5.469,0 Tsd. EUR getätigt. Dabei entfallen 1.863,7 Tsd. EUR auf die Position *Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken*, 48,5 Tsd. EUR auf die Position *technische Anlagen*, 3.535,1 Tsd. EUR auf die Position *Einrichtungen und Ausstattungen* und 21,7 Tsd. EUR auf die *geleisteten Anzahlungen/Anlagen im Bau*. Des Weiteren erfolgte in der letztgenannten Position ein Abgang in Höhe von 41,8 Tsd. EUR für die fertiggestellte Datennetzanlage.

Die Position Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten verringerte sich dabei von 129.141,8 Tsd. EUR auf 127.434,0 Tsd. EUR. Die Zugänge im Berichtsjahr erfolgten im Wesentlichen die Erweiterung der ITS zum Zentrum für Intensiv- und Überwachungsmedizin in Höhe von 1.814,9 Tsd. EUR. Weitere Zugänge betreffen den Bereich der Radiologie sowie die Generalsanierung von Komplement Süd (Gebäude G). Abschreibungen wurden in Höhe von 3.571,5 Tsd. EUR berücksichtigt.

Die Position technische Anlagen verringerte sich im Berichtsjahr von 3.307,3 Tsd. EUR auf 2.817,4 Tsd. EUR. Zugänge erfolgten hier (im Wesentlichen durch Umbuchung aus der Position geleistete Anzahlungen/Anlagen im Bau) in Höhe von 46,1 Tsd. EUR für die Erweiterung des WLAN-Netzes der Datennetzanlage des Bettenhauses Haus B/Ebene 1. Abschreibungen wurden in Höhe von 538,7 Tsd. EUR berücksichtigt.

Bei der Position Einrichtungen und Ausstattungen wird im Berichtsjahr eine Erhöhung von 10.255,0 Tsd. EUR auf 11.398,8 Tsd. EUR ausgewiesen. Hier erfolgten Zugänge u.a. für einen Kernspintomograph, ein CT-Gerät, drei Ultraschallgeräte, ein fahrbarer Röntgenbogen, ein elektrisches Mikroskop, ein Sonographiegerät, zwei Beatmungsgeräte, eine Servereinheit, eine Dokumentationseinheit, ein Mikrotom, eine Kamerakontrolleinheit und einen Terminalserver. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres betreffen 2.391,3 Tsd. EUR.

Die Position geleistete Anzahlungen/Anlagen im Bau verringerte sich im Berichtsjahr auf 21,7 Tsd. EUR. Hier erfolgten Umbuchungen in die Position *technische Anlagen* in Höhe von 41,8 Tsd. EUR (Datennetzanlage) und Zugänge in Höhe von 21,7 Tsd. EUR (Parkplatz).

Unter den Finanzanlagen werden in unveränderter Höhe die Beteiligungen an den drei Tochtergesellschaften in Höhe von jeweils 25,0 Tsd. EUR ausgewiesen.

Bei der Bilanzposition des Umlaufvermögens/Vorräte wird in der Position der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (1.163,0 Tsd. EUR) im Wesentlichen der bevorratete medizinische Bedarf (1.076,0 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Bei den unfertigen Leistungen erfolgt im Berichtsjahr ein Ausweis in Höhe von 1.385,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.066,2 Tsd. EUR).

Bei der Position der Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände erfolgt der Ausweis von vier Einzelpositionen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Einzelnen:

- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.414,2 Tsd. EUR
- Forderungen an den Gesellschafter	2,1 Tsd. EUR
- Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	209,9 Tsd. EUR
- Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,1 Tsd. EUR
- Sonstige Vermögensgegenstände	47,6 Tsd. EUR

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 10.414,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 12.639,7 Tsd. EUR) betreffen fast ausschließlich Forderungen aus der stationären Leistungsabrechnung. Zum Prüfungszeitpunkt (03.02.2010) waren 3.778,5 Tsd. EUR noch offen.

Die Forderungen an den Gesellschafter in Höhe von 2,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 10,9 Tsd. EUR) betreffen Forderungen aus Leistungsbeziehungen mit der Landeshauptstadt Magdeburg.

In der Position Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 209,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 178,1 Tsd. EUR) erfolgt der Ausweis von Ausgleichsforderungen nach der Bundespflegegesetzverordnung und dem Krankenhausentgeltgesetz an die Krankenkassen.

Im Berichtsjahr wird eine Forderung gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 54,40 EUR ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden in Höhe von 47,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 76,7 Tsd. EUR) ausgewiesen und beinhalten im Wesentlichen Forderungen an das Bundesamt für Zivildienst, Personalkostenerstattungen, Forderungen gegen Mitarbeiter wie auch aus Personalverkauf der Apotheke.

Beim Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten werden liquide Mittel in Höhe von insgesamt 10.543,8 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.648,3 Tsd. EUR) ausgewiesen. Davon betreffen 904,5 Tsd. EUR Guthaben aus Fördermitteln.

Des Weiteren erfolgt auf der Aktivseite der Bilanz der Ausweis eines Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung gemäß § 5 Abs. 5 Krankenhausbuchführungsverordnung. Dieser Posten muss in Höhe der Abschreibungen auf Anlagegüter gebildet werden, die vor Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (01.01.1991) mit Eigenmitteln angeschafft wurden. Er hat den Charakter einer Bilanzierungshilfe und ist der Gegenposten zur Ertragsbuchung gemäß Position 11 der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Berichtsjahr erfolgte hier wieder die Einstellung der Mittel in Höhe der Abschreibungen mit 1.211,4 Tsd. EUR und damit eine Erhöhung zum Bilanzstichtag auf 28.952,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 27.741,5 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten wird in Höhe von 127,9 Tsd. EUR (Vorjahr: 82,4 Tsd. EUR) ausgewiesen und betrifft hauptsächlich vorausgezahlte Miet- und Wartungsaufwendungen, die erst das Jahr 2010 betreffen.

Passiva

Im Eigenkapital wird unverändert ein gezeichnetes Kapital in Höhe von 500,0 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Kapitalrücklage wird zum 31.12.2008 ebenfalls in unveränderter Höhe von 62.135,8 Tsd. EUR ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag erfolgt der Ausweis von Gewinnrücklagen in Höhe von 1.259,9 Tsd. EUR. Diese wurde aus dem Jahresüberschuss 2008 in Höhe von 1.260,8 EUR abzüglich des Verlustvortrages aus 2007 in Höhe von 0,9 Tsd. EUR gebildet.

Der im Vorjahr ausgewiesene Verlustvortrag wurde mit dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2008 vollständig verrechnet, so dass kein Ausweis mehr unter dieser Position erfolgt.

Das Geschäftsjahr 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.756,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.260,8 Tsd. EUR) ab.

Beim Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens werden unterschiedliche Posten gebildet, die sich nach dem Fördermittelgeber richten.

Beim Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG werden Mittel in Höhe von 72.602,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 73.715,4 Tsd. EUR) ausgewiesen. Hier handelt es sich um die gemäß § 5 Abs. 3 Krankenhausbuchführungsverordnung passivierten Fördermittel der finanzierten Anlagegüter, der in Höhe der entsprechenden Abschreibungen wieder aufgelöst wird. Die ertragswirksame Gegenbuchung der Auflösungen erfolgt in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Berichtsjahr erfolgten insgesamt Zuführungen in Höhe von 6.486,6 Tsd. EUR und Auflösungen in Höhe von 7.600,0 Tsd. EUR.

Unter dem Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand erfolgt separat der Ausweis für andere Einzelfördermittel der öffentlichen Hand, die somit nicht nach dem KHG gezahlt wurden. Die Behandlung dieses Passivpostens erfolgt in analoger Weise zur vorherigen Position. Die Auflösung erfolgt in Höhe der entsprechenden Abschreibungen der mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter. Die ertragswirksame Gegenbuchung der Auflösungen erfolgt ebenfalls in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung. Zum 31.12.2009 beträgt der Stand 30.759,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 31.978,2 Tsd. EUR). Im Geschäftsjahr erfolgten Auflösungen in Höhe von 1.219,1 Tsd. EUR.

Des Weiteren erfolgt der Ausweis des Sonderpostens aus Zuwendungen Dritter, der zum Bilanzstichtag 108,2 Tsd. EUR (Vorjahr: 91,5 Tsd. EUR) beträgt. Hier erfolgt ebenfalls die Auflösung in Höhe der entsprechenden Abschreibungen der mit diesen Mitteln finanzierten Anlagegüter. Die ertragswirksame Gegenbuchung dieser Auflösungen erfolgt ebenfalls in der Position 12 der Gewinn- und Verlustrechnung. Im Geschäftsjahr erfolgten Zuführungen in Höhe von 39,0 Tsd. EUR und Auflösungen in Höhe von 22,3 Tsd. EUR.

Die Rückstellungen erhöhten sich im Berichtsjahr von 10.146,0 Tsd. EUR auf 12.075,8 Tsd. EUR. Die Zusammensetzung stellt sich wie folgt dar:

<u>Werte in Tsd. EUR</u>	<u>2009</u>	<u>2008</u>
Steuerrückstellungen	60,4	0,0
Strukturanpassungsmaßnahmen II. Konsolidierungsphase	1.721,4	2.800,0
Urlaubs- und Überstundenrückstellungen	1.203,8	1.041,3
Jubiläumrückstellungen	67,4	63,5
Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen	1.068,5	901,2
Prüfungs- und Beratungskosten	85,2	175,2
Instandhaltungsmaßnahmen	3.967,7	3.141,8
Bereitschaftsdienstvergütungen	792,2	708,2
Sonstige Personalarückstellungen	1.003,0	666,9
Risikoabschlag laufende MDK-Prüfungen	1.500,0	0,0
Sonstige Rückstellungen	<u>606,2</u>	<u>647,9</u>
	<u>12.075,8</u>	<u>10.146,0</u>
	=====	=====

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft erhöhten sich zum 31.12.2009 insgesamt von 7.817,4 Tsd. EUR auf 11.576,4 Tsd. EUR.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden zum Bilanzstichtag drei Darlehen der Bank für Sozialwirtschaft AG in Höhe von insgesamt 3.556,4 Tsd. EUR ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (3.125,5 Tsd. EUR) haben sich gegenüber dem Vorjahr um 300,8 Tsd. EUR erhöht. Zum Prüfungszeitpunkt (26.01.2010) waren bis auf 456,0 Tsd. EUR alle Verbindlichkeiten beglichen.

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 2.588,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.137,7 Tsd. EUR) umfassen bewilligte und noch nicht zweckentsprechend verwendete Fördermittel sowie Ausgleichsverpflichtungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz und der Bundespflegesatzverordnung.

Bei den Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens in Höhe von 9,1 Tsd. EUR handelt es sich ebenfalls um noch nicht verwendete Zuwendungen sonstiger Zuwendungsgeber.

Im Berichtsjahr erfolgt der Ausweis der Position Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 0,4 Tsd. EUR. Diese bestehen gegenüber der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH.

Die sonstigen Verbindlichkeiten werden zum Bilanzstichtag in Höhe von 2.287,3 Tsd. EUR (Vorjahr: 2.455,7 Tsd. EUR) ausgewiesen. Im Wesentlichen handelt es sich hier um Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt aus Lohn-, Umsatz- und Grunderwerbsteuer.

Es wird ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 20,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 14,7 Tsd. EUR) für eine erhaltene Vorauszahlung ausgewiesen.

3. Konzernjahresabschluss 2009

In den Konsolidierungskreis wurden die Jahresabschlüsse der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH (Muttergesellschaft) und der Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH als 100%-iges Tochterunternehmen aufgenommen. Eine Einbeziehung der weiteren Tochtergesellschaften in den Konzernabschluss war aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht notwendig.

Die Konsolidierung erfolgte nach den Grundsätzen der Vollkonsolidierung. Die WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, hat dem Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH 2009 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Konzernabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 3.780.534,06 EUR aus.

4. Zusammenfassung

Der geprüfte Jahresabschluss 2009 soll in der Aufsichtsratssitzung am 17.03.2010 zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Der Aufsichtsrat soll der Gesellschafterversammlung folgende Beschlussfassung empfehlen:

1. Die Gesellschafterversammlung stellt den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der WRG Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, versehenen Jahresabschluss 2009 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH mit einer Bilanzsumme in Höhe von 194.785.026,32 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.756.238,66 EUR fest.
2. Die Gesellschafterversammlung beschließt, den Jahresüberschuss 2009 in Höhe von 3.756.238,66 EUR in die Gewinnrücklage einzustellen. Davon entfallen auf die freie Rücklage 375.623,87 EUR und auf die Betriebsmittelrücklage 3.380.614,79 EUR.
3. Die Gesellschafterversammlung erteilt dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung.

Eine Beschlussempfehlung zur Wahl des Abschlussprüfers lag zum Zeitpunkt der Erstellung der DS noch nicht vor.

Das Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung schließt sich den vorgeschlagenen Empfehlungen des Aufsichtsrates an. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres ist aufgrund der Gemeinnützigkeit der Gesellschaft nicht ausschüttungsfähig. Gemäß § 42a GmbHG hat der Gesellschafter auch über die Feststellung des Konzernjahresabschlusses zu beschließen.

Das Prüfungsergebnis 2009 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Lagebeurteilung der Gesellschaft, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht sind als Anlagen beigefügt. In der Anlage 7 sind die entsprechenden Unterlagen des Konzernabschlusses beigefügt. Der Prüfbericht kann nach Absprache im Dezernat Finanzen und Vermögen/Beteiligungsverwaltung eingesehen werden.

Anlagen

1. Lagebeurteilung
2. Bilanz
3. Gewinn- u. Verlustrechnung
4. Bestätigungsvermerk
5. Lagebericht
6. Beschlussvorschlag für den AR
7. Konzernunterlagen